



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/139 - 20.6.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Verwirrung im Ostblock	S. 1
Dänemark baut Verteidigung aus	S. 5
Schmacher in amerikanischer Sicht	S. 5
Kanzlerpartei bettelt um Wahlgelder	S. 8

Der Krenl als Weichensteller

E.Z. - Berlin

Moskau hat wieder einmal mit einer ^Direktive eingegriffen, um die Verwirrung zu beseitigen, die im Ostblock infolge der Kehrtwendung des Krenl in der Frage einer neuen Militarisierung Deutschlands entstanden war. Das betretene Schweigen der sowjetischen Satellitenregierungen in Warschau und Prag ist von einer "begeisterten Zustimmung des polnischen und tschechischen Volkes" zu der von Moskau vorgeschlagenen deutschen "Nationalarmee" abgelöst worden. Es kann kein Zweifel bestehen, daß der Krenl hier ein Machtwort gesprochen hat, und zwar in der zweifachen Absicht, nämlich einmal, um den nationalen Widerstand der seit 1945 durch das immer wieder an die Wand gemalte Gespenst deutscher Soldaten verängstigten östlichen Nachbarn zu beseitigen, zum anderen, um zunächst einmal eine internationale östliche Basis zu schaffen, von der aus dann die kommunistischen Satellitenorganisationen im übrigen Europa als Beifallespender für das neue Moskauer Projekt gewonnen werden können.

Als Heilmittel für die Verlegenheit und Furcht, die Moskaus Plan einer neuen deutschen Nationalarmee in Warschau und Prag erregt hatte, war in Warschau eine deutsch-polnische Nationalkonferenz zur "friedlichen Lösung der deutschen Frage" einberufen worden, an der neben führenden kommunistischen Politikern

und kulturellen Repräsentanten Polens unter Leitung der Vorsitzenden des kommunistischen "Demokratischen Frauenbundes Deutschlands", Elli Schmidt, eine deutsche Delegation mit Einschluß westdeutscher Vertreter teilnahm. Aufgabe dieser Warschauer Konferenz war die Weichenstellung im Sinne des Moskauer Planes; die Forderung nach einer deutsch-polnischen Waffenbrüderschaft im "gemeinsamen Kampf gegen den imperialistischen Feind", wie es der Leiter der Auslandsabteilung im ZK der kommunistischen polnischen Arbeiterpartei, Dluski, auf der Tagung selbst ausdrückte.

Es ist den polnischen Befürwortern der künftigen deutschen Nationalarmee bestimmt nicht leicht gefallen, nach der Periode tiefster Besorgnis über diese neue von Moskau forcierte Entwicklung jetzt plötzlich auf Befehl des Kreml als Taufpaten eines neuen deutschen Militarismus auftreten zu müssen. Dies geht schon aus dem beschwörenden Ton hervor, mit dem die zentrale Monatsschrift der polnischen KP "Nowe Drogi" beteuerte, die deutsche Nationalarmee der DDR sei eine völlig antimilitaristische Formation, die nur dem Frieden diene.

Die nach dem langen Totschweigen des neuen Moskauer Planes überraschend eingeleitete polnische Kampagne für die Nationalarmee der DDR zeigt, wie sich Warschau bemühen muß, jetzt mit allen Mitteln die polnischen Hemmungen gegenüber der neuen vom Kreml befohlenen Entwicklung zu beseitigen. Das gleiche gilt von der Prager Regierung, deren Botschafter in Ostberlin ebenfalls alle tschechischen Besorgnisse über Bord werfen und anläßlich des 10. Jahrestages des nationalsozialistischen Blutbades von Lidice in Pankow offiziell erklären mußte,

"es ist das völlig Neue und Beglückende in der Geschichte, daß wir in der Entschlossenheit zur Verteidigung des Friedens auch mit der DDR und allen demokratischen Deutschen vereint sind".

Dieses erzwungene Bekenntnis zur "deutschen Nationalarmee der DDR" mußte geleistet werden, weil es Moskau für seine neue Linie in seiner Deutschlandpolitik unbedingt brauchte. Für Moskau als Weichensteller bedeutete die Umstellung der bisherigen polnischen und tschechischen Haltung nur einen Griff an einem Hebel in seinem raffiniert ausgeklügelten System von Druckmitteln, für Prag und Warschau aber besagt dies noch nicht, daß diese Weichenstellung auch für alle Zukunft funktioniert.

+ + +

Wachsender Verteidigungswille in Dänemark

KRE - Kopenhagen

Nicht mit Unrecht nennt man die Dänen Europas unmilitärischste Nation. Nichts ist bisher dem Dänen so zuwider gewesen wie der Waffenrock, für nichts hat er weniger Sinn als für militärische Disziplin. Die Lasten, die sich für das kleine Land aus dem Anschluß an den Atlantikpakt ergeben, bedekten daher eine Revolution nicht nur im dänischen Staatsbudget, sondern im Leben vor allem der jungen Menschen, denen das Los zufällt, die dänische Armee zu bilden. Achtzehn Monate Dienst zu tun, achtzehn Monate in der Kaserne zu leben und als Soldat ausgebildet zu werden - das ist bisher unerhört und unvorstellbar gewesen.

Stalin, der große Erzieher der europäischen Völker, hat auch hierin einen Wandel geschaffen. Der Wille zur Verteidigung des Landes wächst auch in Dänemark und man ist sich - vor allem in der Volksvertretung - darüber klar, daß die Freiheit des Landes nicht nur an den Schwingen der amerikanischen Flugzeuge hängen kann, sondern vor allem auf dem Verteidigungswillen und militärischen Können der Nation beruhen muß. Mit Ausnahme der Radikalen, die natürlich als demokratische Partei auch dem Westen anhängen, aber aus wahlpekulativen Gründen nicht die Folgerungen hieraus ziehen wollen, sind alle Parteien Dänemarks Anhänger einer entschlossenen Verteidigungspolitik - wobei die Kommunisten aus guten Gründen nicht als dänische Partei betrachtet werden.

Zunächst sollen zwei Infanteriedivisionen und ein Bataillon aufgestellt werden; das Bataillon soll in Deutschland Dienst tun. Die Heimwehr, die aus Freiwilligen besteht, hat eine Stärke von 40000 Mann erreicht. In Übereinstimmung mit den Plänen der Atlantik-Verteidigung werden die Wehrpflichtigen Dänemarks während längerer Zeit lediglich Wachdienst versehen.

Diese Bereitschaft des dänischen Volkes, undenkbar vor dem zweiten Weltkrieg, wäre nicht möglich geworden, wenn es nicht die Überzeugung hätte, daß Dänemark im Falle eines neuen Krieges nicht allein stehen, sondern sich auf das Funktionieren des Atlantikpaktes verlassen können würde. Die vom Parlament am 6. März 1952 erlassene Widerstandsbefehl, die von vornherein alle im Falle des Kriegsausbruchs etwa zu erwartenden "Kapitulationsbefehle" als nur vom Feinde verkündet

bezeichnet und das Volk zum unbedingten Widerstand unter allen Umständen auffordert, setzt rein volkpsychologisch den Glauben daran voraus, daß die Bundesgenossen unmittelbar zu Hilfe eilen würden. "Dänemark muß gehalten werden!" - um diese Parole sammeln sich alle Dänen.

Das dänische Parlament hat vor kurzem ein Gesetz gegen das Wirken der Fünften Kolonne beschlossen, das den Organen des Staates erhöhte Möglichkeiten gibt, gegen Spione und Saboteure einzuschreiten. Es wird das weiteren wohl auch notwendig sein, das unzulängliche dänische Offizierskorps auszubauen und in richtigem Geiste zu erziehen. Die junge Generation Dänemarks scheint weitaus verteidigungswilliger zu sein als die ältere, die denn auch für die Folgen des Schlendrians verantwortlich ist, der bis zum zweiten Weltkrieg als das auffallendste Merkmal der dänischen Armee bezeichnet werden konnte.

+ + +

Otto Suhr besucht London

B.C. - London

Man muß es den Engländern lassen, sie machen alles im großen Stil. Dr. Otto Suhr, der Präsident des Abgeordnetenhauses von Westberlin (er selbst nennt sich lieber "Stadtverordnetenvorsteher") erfährt das am eigenen Leibe. Für seinen fünftägigen Freundschaftsbesuch nach London hat das Foreign Office ein Programm aufgestellt, das manchem jüngeren Mann (Dr. Suhr ist 58, wenn er auch jünger aussieht) zu viel sein würde. Schon am Montag, gleich nach seiner Ankunft, wurde er von Außenminister Eden empfangen, und dann ging's los: Empfänge, Institutsbesuche, Diners, ein ganzer Tag im Parlament (wo er eine vielbeachtete Ansprache an die Abgeordneten hielt), am folgenden Tag Studium der Verwaltung der Weltstadt im London County Council, Londons Hochschule für Wirtschaft und Politik, dann Oxford, dann Abteilung für Kommunalpolitik im Innenministerium - jeder Tag ist von morgens früh bis abends spät ausgefüllt.

Die Einladung ist nicht, wie Dr. Suhr betont, als Gegenbesuch auf Edens kürzliche Berlinreise aufzufassen, war vielmehr seit langem vereinbart. Der zwischen Berlin und England bestehende gute Wille soll gepflegt und ausgebaut werden, nicht nur politisch, sondern auch vor allem wirtschaftlich. Heute ist Großbritannien nach Schweden der größte Abnehmer Berliner Ausfuhr Güter, und das ist für eine Stadt mit 300000 Erwerbslosen (ganz Großbritannien hat ebenso viele) äußerst wichtig. Der herzliche Empfang, den man Dr. Suhr bereitet, kann als eine politische Demonstration angesehen werden, die mit aller Deutlichkeit beweisen soll, wie sehr sich die englische Regierung und die Öffentlichkeit mit der Berliner Bevölkerung verbunden fühlt. Diese Überzeugung wird Dr. Suhr nach Berlin zurückbringen.

+ + +

"Der leuchtende Tiger"

Im Nachfolgenden veröffentlichen wir einen Auszug aus einem in der bekannten amerikanischen Wochenzeitschrift "Time" in ihrer Ausgabe von 9. Juni erschienenen Artikel über Dr. Kurt Schumacher:

"...Die mannigfachen Symptome, die für das neue Deutschland bezeichnend sind, haben ein Symbol und einen Wortführer: Kurt Schumacher.

Er ist die verstümmelte Erinnerung an die wenigen Deutschen, die den Nazis Widerstand geleistet haben und überlebten. Er will, daß die Deutschen die Sünden und Verbrechen des Nazismus nicht vergessen (und erinnert sie dauernd an die Verbrechen, die an den Juden begangen wurden). Er befürwortet die Wiederbewaffnung Deutschlands gegen die russische Bedrohung, aber er führt den Kampf gegen die Wiederbewaffnung, wie sie der Westen den Deutschen jetzt anbietet. Der 57jährige Kurt Schumacher, den nur reine Willenskraft am Leben zu halten scheint, ist der Tiger, der in Deutschlands dunklen Wäldern strahlend leuchtet.

Seine Haltung ist genau so unbiegsam, wie die eines Gewehrlaufes: Keine Zusammenarbeit mit dem Westen, bis das gesamte Deutschland wiedervereinigt ist, bis ihm volle Souveränität zugesichert ist. Schumachers Ziel ist folgendes: Eine sozialistische Regierung für ein wiedervereinigtes Deutschland, und wenn möglich, ein sozialistisches vereintes Europa.

Hitler war schon weit auf dem Wege zur Macht, als Schumacher als neugewählter Reichstagsabgeordneter für Württemberg 1930 nach Berlin kam. Bald trat Schumacher hervor. "Er war am wagemutigsten, rücksichtslosesten und zeigte am wenigsten irgendwelche Achtung", berichtete der damalige Reichstagspräsident, "er war derselbe wie heute". Er sprach nur selten, tat er es aber, so waren seine Reden sarkastisch und mutig. Als einmal im Mai 1932 Goebbels die deutschen Sozialisten im Sitzungssaal des Reichstages angegriffen hatte, erhob sich der Abgeordnete Schumacher und erwiderte wütend: "Die ganze nationalsozialistische Bewegung ist weiter nichts als eine dauernde Aufforderung an den inneren Schweinehund im Menschen... Zum ersten Mal in der politischen Geschichte Deutschlands hat es jemand fertig gebracht, die deutsche Dummheit vollkommen zu mobilisieren".

Schumachers Name wurde daraufhin auf die schwarze Liste der Nazis gesetzt. Er war zehn Jahre im KZ, die längste Zeit davon verbrachte er in Dachau, berüchtigt durch die Gaskammern. Er rief hier eine anti-nazistische Verschwörung ins Leben, verbrachte neun Monate in Einzelhaft und einen weiteren Monat in einem 28tägigen Hungerstreik, der sein gesamtes Verdauungssystem kaputt machte.

"Wie Kain und Abel"

Seine alten Freunde, die ihn am Ende des Krieges wiedersahen, erkannten ihn kaum. Dieses menschliche Wrack, das in das britische Besatzungsbüro in Hannover hinkte und sich erkundigte, wie er eine politische Partei ins Leben rufen könne, beeindruckte dort kaum

jemanden. - "Ein interessanter, aber bedeutungsloser Mann", sagte ein Engländer, der zugegen war.

Die Kommunisten klebten an ihm wie die Hummeln im Morgensonnenschein, einige von ihnen waren Leidensgenossen aus Dachau. Sie erstrebten eine Koalition zwischen Sozialisten und Kommunisten, um Berlin für ihre Zwecke reif zu machen. Sie argumentierten, daß schließlich Kommunisten und Sozialisten ideologisch gesehen Brüder seien. "Ja", antwortete Schumacher, "wie Kain und Abel". Er verabscheute die Kommunisten genau so, wie die Nazis, und warf ihnen vor, daß ihr Kampf gegen die Sozialisten in den Weimarer Tagen Hitler an die Macht gebracht hat.

Sogar die westlichen Besatzungsmächte, die noch durch das Kriegsbündnis mit Rußland geblendet waren, drängten ihn dazu, mit den Kommunisten zusammenzuarbeiten. Eines Tages, als er eine besonders heftige Rede gegen die Kommunisten gehalten hatte, wurde er von den Westmächten vorgeladen. "Sie dürfen nicht vergessen, daß die Russen unsere Verbündeten sind", sagte der General. Und Schumacher erwiderte, "und Sie dürfen nicht vergessen, daß die Kommunisten unsere Feinde sind".

Wie die alliierte Luftbrücke von 1948-49, so rettete auch dieser sozialistische Widerstand West-Berlin der Demokratie. "Was wir auch jetzt von Schumacher halten mögen, so müssen wir ihm doch zuerkennen, daß er zu einer Zeit über die Russen richtig urteilte, als wir völlig falscher Meinung über sie waren", gestand ein US-Beamter.

Sein Hauptziel: Deutschlands Einheit

Schumacher aber mußte dem Westen gleichfalls Widerstand leisten. Auf den ersten Versuch Adenauers, Deutschland mit seinen westlichen Nachbarn zusammen zu bringen, erwiderte Schumacher: "Ein Nein zu solchen konservativen, klerikalischen, kapitalistischen und kartellistischen Bestrebungen". Er ist gegen eine europäische Armee, weil dann Deutschlands militärische Streitkräfte in einer internationalen Vereinigung eingegliedert sind. Schumacher sagt, "der Begriff einer europäischen Armee ist eine Illusion, denn sechs Invaliden machen noch keinen Athleten".

Für die Sozialisten Schumachers ist der Friedensvertrag nur ein halber Frieden: Er ist ein Kompromiß zwischen Besatzung und Partnerschaft. Er liefert das wertvolle Saargebiet den Franzosen aus; er verlängert die Teilung Deutschlands. Die Sehnsucht der Deutschen nach ihrer Wiedervereinigung Ost- und Westdeutschlands ist allen gemein, angefangen bei denen, die Hitler wieder haben möchten, bis zu denen, die die Ikonen des Stalinismus anbeten. Doch Schumacher hat die Wiedervereinigung zu seinem politischen Hauptziel erhoben.

Nur wenige zweifeln daran, daß Schumachers Wunsch nach Wiedervereinigung Deutschlands aufrichtig ist. Selbst seine Kritiker geben zu, daß es eine unwesentliche, aber deshalb trotzdem wichtige Tatsache ist, daß bei einer Wiedervereinigung die starken sozialistischen protestantischen Gebiete Ostdeutschlands den Sozialdemokraten die Wähler liefern würden, die sie brauchen, um Adenauer zu

schlagen und an die Macht zu kommen. Es steht nun mal fest, daß Schumachers Sozialisten nahezu ein Drittel des Bundestages darstellen, die Unterstützung von 28 Zeitungen haben, mit den Stimmen des größten Teils der sechs Millionen westdeutschen Gewerkschaftler rechnen können und daß sie 65000 zahlende Mitglieder haben. Schumacher hat einen gewaltigen Nachrichtendienst errichtet. Durch die gewaltige Anhängerschaft in Ostdeutschland verfügt er über die besten geheimen Informationen über das, was die Russen und deutschen Kommunisten im Schilde führen.

"Kein angenehmer Partner"

Mit seiner strengen und einsamen Hingabe führt Schumacher eine Partei und dirigiert eine Macht, die fortbestehen wird, wenn sein geschwächter Körper und sein starker Wille dahingegangen sein werden. Für die, die ihn kennen und für ihn arbeiten, ist er weder der gefährliche Aufwiegler noch der Neo-Nationalist, der er scheint, sondern der Retter Deutschlands. Sie entschuldigen seine heftigen Reden und sagen, daß er häufig kopfschüttelnd eine Rednertribüne verläßt und vor sich hinhurmelt: "Hm, ich glaube, ich war wieder mal zu scharf". Sie behaupten, daß seine ständige Redewendung nicht "Nein" ist, sondern "Ja, aber so nicht". Schumacher bekennt selbst, daß es ihm leid tut, daß der Westen ihn so mißverstekt. Können sie nicht erkennen, daß seine Partei nur lautere Absichten hat, und daß die großen Industriellen des Ruhrgebietes, die schon einmal Hitler zur Macht halfen, diejenigen sind, die hinter Adenauer stehen? Er ist davon überzeugt, daß die Alliierten Adenauer begünstigen, weil er fügsamer und konservativ ist. Was kann man schon von den Juristen und Bankiers der Wall Street anderes erwarten, die die Besetzung ausüben? "Ich wäre kein angenehmer Partner, aber ich wäre viel zuverlässiger", äußerte er einmal einem US-Beamten gegenüber.

Dem Kurs, den der Westen eingeschlagen hat, steht Schumacher im Wege. Vier Jahre lang hat der Westen sich bemüht, einen Wall aufzurichten, um den Kommunismus zurückzuhalten. Der deutsche Friedensvertrag sollte diesen Wall in Europa vervollständigen und die europäische Armee sollte dem Westen Mittel in die Hände geben, Europa zu verteidigen. Schumacher mit seinem hartnäckigen "Ja, aber" hofft, beide Pläne vereiteln zu können. Und warum? "Wir sind weder Russen noch Amerikaner, Engländer oder Franzosen", sagt er, "sondern wir sind Deutsche. Wir in Deutschland wollen weder die Politik der Russen, Amerikaner, Engländer oder Franzosen fördern. Wir wollen die Politik Deutschlands fördern".

+ + +

Kanzlerpartei bittet um Wahlgelder

(sp) Vor einigen Wochen versandte die CDU, Kreispartei Grevenbroich, an "besser situierte Bürger" folgenden Bettelbrief:

"Christlich-Demokratische-Union
Kreispartei Grevenbroich

Sehr geehrter Herr !

...Wir stehen nun in Bälde vor neuen Wahlen zum Kreistag und zu den Gemeindevertretungen, deren Bedeutung auf der unteren polit. Ebene ebenso wichtig ist wie bei den Land- und Bundestagswahlen.

In diesen kommunalen Vertretungen werden Entscheidungen getroffen, die bei den stets steigenden Steuer- und Abgabelasten für Industrie, Landwirtschaft und Handel von größter Wichtigkeit sind; Es gilt also bei den bevorstehenden Wahlen Männer aufzustellen, die das erforderliche Verantwortungsbewußtsein auch in der Praxis rechtfertigen, und dem immer stärker werdenden Druck der Linksparteien zu widerstehen gewillt sind.

Diese geeigneten Vertreter zu ermitteln und für deren Unterstützung bei den Wahlen die Voraussetzungen zu schaffen, ist eine der schwierigsten Aufgaben der Kreisparteileitung, die dieserhalb ständig in den Parteiausschüssen und bei den sonntäglichen Versammlungen in Kreisen werbend tätig sein muß. Diese Arbeit beansprucht aber auch geldliche Unterstützung, da nicht alles ehrenamtlich erledigt werden kann, und eine Menge materieller Unkosten entstehen.

Aus den spärlichen Monatsbeiträgen der leider allzuwenig eingeschriebenen Parteifreunde können diese notwendigen Ausgaben nicht bestritten werden. Hier muß die geldliche Unterstützung aller besser situierten Bürger und deren Firmen einsetzen.

Wir richten daher an Sie die höfliche Bitte uns mit einem monatlichen Beitrag bis zu den Wahlen oder mit einem einmaligen größeren Betrag unterstützen zu wollen. Hierbei bitten wir zu bedenken, daß Ihr Beitrag eine Anerkennung der von unserer Partei bisher vertretenen Wirtschafts-, Kultur- und Sozial-Politik bedeutet, die zum Besten unseres Volkes weitergeführt und vollendet werden soll.

Der von Ihnen in Aussicht genommene Spendenbeitrag kann als Abonnementspreis für unsere wöchentlich erscheinenden wirtschaftlichen Informationsbriefe steuerfrei verbucht werden, wozu wir Ihnen unsere Rechnung als Buchungsunterlage zustellen werden.

Bitte bedienen Sie sich des hier beigelegten Spendenzettels. Vertrauliche Behandlung dieser Angelegenheit können Sie versichert sein.

Hochachtungsvoll !

Leopold Walraf M.d.L.
I. Kreisvorsitzender

Landrat A. Göggel
geschäftsf. Vorsitzender

Dr. Franz Schütz M.d.L.
II. Kreisvorsitzender

Richard Muckermann
Bundestagsabgeordneter"

X

Die Verfasser dieses Bettelbriefes kennen ihre Pappenheimer. Sie bieten den "besser situierten Bürgern" als Gegenleistung für Wahlfondsbeiträge nicht die Verteidigung des Abendlandes oder den "Schutz der christlichen Familie" an, wie sie es vor und während der Wahlkämpfe in öffentlichen Versammlungen tun. Sie versprechen ihnen schlicht und einfach die Fortsetzung der bisherigen Wirtschafts- und Sozialpolitik. - Im übrigen spricht der Brief für sich selbst.

Verantwortlich: i.V. Albert Exler